

HEILBRONNER

STIMME

stimme.de

Donnerstag  
9. Juli 2026

Zeitung für die Region  
Heilbronn-Franken  
Hohenlohe  
Kraichgau

Nr. 155 · 2,80 Euro

# Umfrage: Land soll bei sich selbst sparen

Auch in der Kultur sieht eine Mehrheit Einsparpotenzial – Mehr Geld für Soziales, Gesundheit und Bildung gewünscht

Von unserer Korrespondentin  
Annika Grah

**STUTTGART** Trotz sinkender Steuereinnahmen sehen die Menschen in Baden-Württemberg nur zwei Bereiche, in denen das Land sparen könnte: bei sich selbst- und bei der Kultur. Vier von fünf Befragten im aktuellen BaWü-Check, der Umfrage baden-württembergischer Tageszeitungen, finden, dass das Land Personal in der Landesverwaltung kürzen sollte. Ein Versprechen, das die Landesregierung im Koalitionsvertrag ja auch gegeben hat.

Bis 2031, heißt es dort, soll „durch Digitalisierung, Aufgabenkritik und konsequenten Abbau von Doppelstrukturen“ die Zahl der Stellen in der Landesverwaltung reduziert werden. Allein in der zentralen Verwaltung soll die Zahl der Stellen um fünf Prozent sinken. Zum Start von Grün-Schwarz in die neue Legislaturperiode ging es allerdings erst einmal in die andere Richtung: Jeweils 30 Stellen dürfen Grüne und CDU in den von ihnen geführten Ministerien schaffen. Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) beteuerte aber, die Landesregierung halte aber am Abbauziel weiter fest. Konzepte dafür seien in Arbeit.

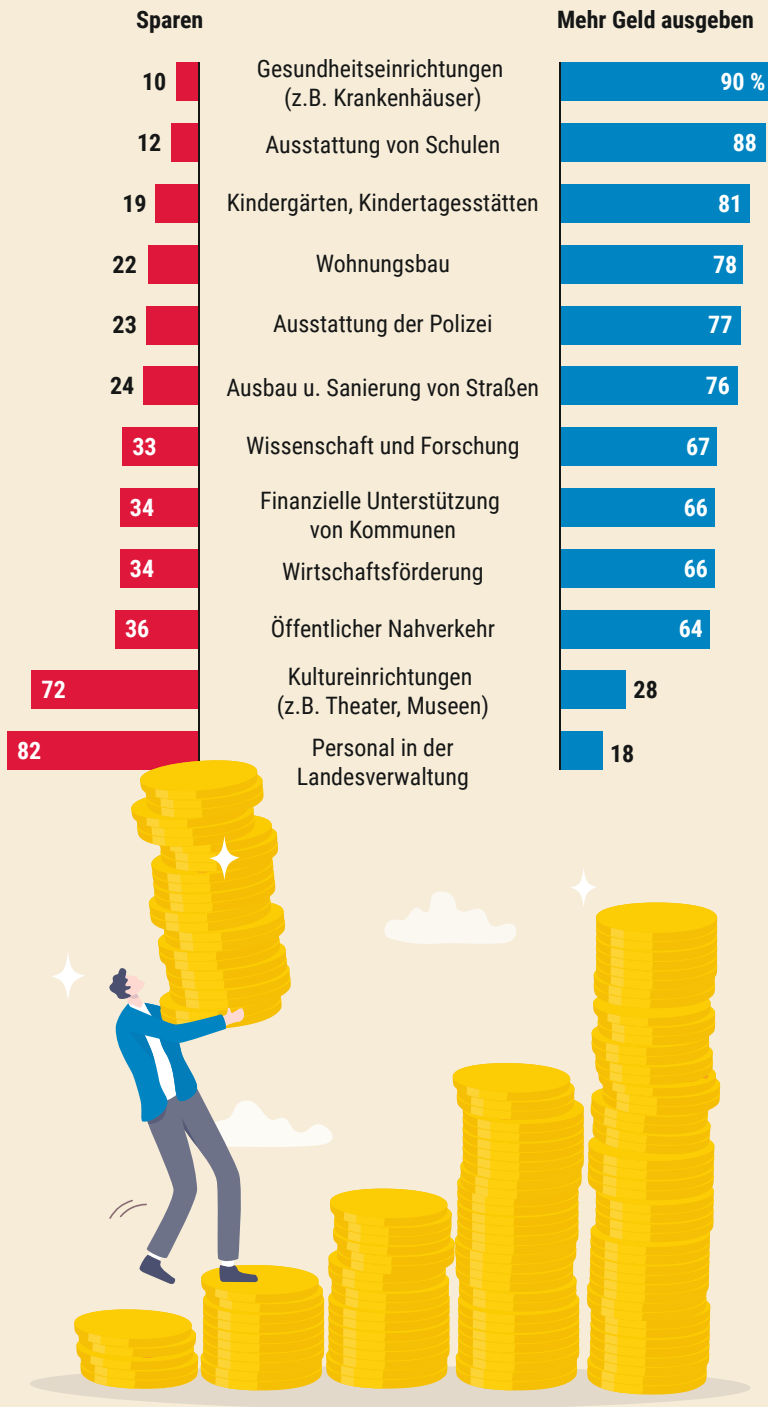
Der zweite Bereich, in dem nach Ansicht der Befragten weniger Geld ausgegeben werden sollte, sind Kultureinrichtungen wie Theater und Museen. 72 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass hier weniger Geld ausgegeben werden sollte. Das sind mehr als im vergangenen Jahr; damals befürworteten nur 59 Prozent Kürzungen im Kulturbereich. Für den BaWü-Check befragte das Institut für Demoskopie in Allensbach im Juni 1006 Menschen, die Umfrage ist repräsentativ für die deutsche Bevölkerung ab 16 Jahren.

## Schuldenabbau nicht im Fokus

Den Abbau von Schulden hält nicht mal jeder Fünfte für eine der wichtigsten Aufgaben des Landes. Vor allem im sozialen Bereich finden die Befragten, dass das Land mehr Geld in die Hand nehmen sollte. 90 Prozent der Befragten möchten, dass das Land mehr für Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser ausgeben soll. Fast ebenso viele (88 Prozent) sind der Auffassung, dass mehr Geld in die Ausstattung von Schulen gesteckt werden sollte, 81 Prozent sind für eine bessere Fi-

## Sparen oder investieren?

Frage: „Was meinen Sie: In welchen Bereichen sollte Baden-Württemberg eher mehr Geld ausgeben, und in welchen Bereichen sollte Baden-Württemberg eher sparen?“



HSt-Grafik/dpa, Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6195/III, Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Illustration: Nuthawut/stock.adobe.com

nanzierung von Kindergärten. Auch höhere Investitionen in Infrastruktur wie Wohnungsbau (78 Prozent) und Straßen (76 Prozent) befürworten viele.

## Kaum Spielräume

All diese Wünsche zu erfüllen dürfte angesichts der aktuellen Finanzlage schwierig sein. Groß sind die finanziellen Spielräume der Landesregierung nicht. Grün-Schwarz hat gerade mit den Etatplanungen für 2027 begonnen. Für die bestehenden Ausgaben muss erst einmal eine Lücke von fünf Milliarden Euro geschlossen werden. Für Mehrausgaben stehen lediglich 300 Millionen Euro zur Verfügung, wenn die Koalition an ihrem Versprechen festhält und nicht alle Spielräume der Schuldenbremse ausreizt, die der Bund 2025 für die Länder neu geschaffen hat. Eine Neuregelung ist aber geplant: Grün-Schwarz will je nach Konjunkturlage künftig Kredite für die Kommunen aufnehmen können - für 2027 könnten das 500 Millionen Euro sein. Wie genau diese Konjunkturkomponente für Kommunen allerdings aussehen soll, ist noch offen.

Besonders hoch sind die Erwartungen an die Landesregierung aber gar nicht. Nur 38 Prozent der Befragten trauen der Landesregierung zu, die Zukunftsprobleme Baden-Württembergs anzugehen. 33 Prozent sind davon nicht überzeugt. Das Vertrauen in den neuen grünen Ministerpräsidenten Cem Özdemir (Grüne) ist hingegen groß. 53 Prozent trauen ihm zu, ein guter Ministerpräsident zu werden.

## Kommunale Verwaltungsreform

Die mögliche Zusammenlegung von Landkreisen und kleineren Gemeinden findet im jüngsten BaWü-Check mehr Befürworter als Gegner. 42 Prozent unterstützen den Vorschlag, die Anzahl der Landkreise in Baden-Württemberg aus Kostengründen zu reduzieren, 30 Prozent halten nur wenig davon. Noch größer fällt die Zustimmung für den Vorschlag aus, kleinere Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohnern mit anderen Kommunen zusammenzulegen: 59 Prozent finden diesen Vorschlag sinnvoll, 21 Prozent nicht. „Dass eine Zusammenlegung von Landkreisen Kosten sparen würde, halte ich für ein Märchen“, sagt Achim Brötel, Präsident des Deutschen Landkreistags. Viel zielführender sei, die interkommunale Zusammenarbeit zu stärken. Noch mehr zu kooperieren statt zu fusionieren: Dieser Ansicht sind auch weitere Landräte sowie Rathauschefs aus der Region.

Seite 4

Meinung, „Überfällig“

## Meinung



Von Uwe Ralf Heer

Kommunale Strukturen müssen endlich radikal verändert werden, meint unser Autor.

## Überfällig

Eindeutiger hätte das Votum nicht sein können: Beim BaWü-Check, der repräsentativen Umfrage baden-württembergischer Verlage, plädieren die Befragten mit großer Mehrheit für eine Zusammenlegung kleiner Kommunen und Landkreise. Vielerorts machen diese kleinteiligen (Doppel-)Strukturen ohnehin keinen Sinn mehr - jetzt und künftig kann man sie sich schlicht nicht mehr leisten. Vom fehlenden Fachpersonal ganz zu schweigen.

Bislang hat sich noch keine Regierung daran gewagt, alte Zöpfe abzuschneiden und Erbhöfe aufzulösen. Natürlich ist es unpopulär, derlei einschneidende Veränderungen umzusetzen, die vor Ort direkt spürbar sind. Aber wer im Dschungel der Ämter-Zuständigkeiten den dringend notwendigen Bürokratie-Abbau fordert, der kann sich diesen Strukturanpassungen nicht verschließen.

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt dafür. In der Wirtschaft sind schmerzhaft Fusionen und Arbeitsplatz-Verluste an der Tagesordnung - es kann im Gegenzug in den öffentlichen Institutionen nicht ständig ein Stellenaufbau stattfinden.

Noch hat die neue Regierung, auch bei dieser Befragung, ein gewisses Maß an Rückenwind. Man sollte ihn nutzen. Zumal es ein Bereich ist, in dem die grün-schwarze Landesregierung das Heft des Handelns ausnahmsweise mal tatsächlich in ihren Händen hält.

@ Ihre Meinung?  
uwe.heer@stimme-mediengruppe.de

## Kurios

## Gefährlicher Gehweg

**WEIMAR** Die Polizei in Weimar ermittelt wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung, nachdem aus einem Hochhaus Gegenstände geworfen wurden. Zunächst flogen DVDs aus dem sechsten Obergeschoss auf einen Gehweg. Ein mit Sand gefüllter Klebebandabroller verfehlte dann knapp eine Passantin. *dpa*

## ANZEIGE



Noch **2** Tage  
bis zum Anmeldestart

**STIMME**Bonus

## Wirtschaft

Bessere Kommunikation: Bahn setzt auf KI für schnellere Infos bei Verspätungen. *Seite 9*

## Kultur

Nach 38 Jahren hört Georg Oyen als Cellist beim Württembergischen Kammerorchester auf. *Seite 11*

## Sport

Die Heilbronner EC Falken starten mit einem kniffligen Programm in die neue Oberligasaison. *Seite 18*

## Region

Nach Freibadbesuchen klagen Social-Media-Nutzer über Magen-Darm-Probleme. *Seite 25*

## Trump: Keine neue Eskalation

**WASHINGTON** Nach erneuten Drohungen gegen die Führung in Teheran hat US-Präsident Donald Trump die Gefahren einer neuen Eskalation im Iran-Krieg heruntergespielt. „Ich glaube nicht, dass er wieder aufflammt“, sagte er bei einer Pressekonferenz. Stattdessen rechne er damit, dass der Konflikt zeitnah wieder beigelegt werde.

Nur wenige Stunden zuvor hatte Trump mit weiteren US-Angriffen in der Nacht zum Donnerstag gedroht. Zudem hatte er die Waffenruhe mit dem Iran offen infrage gestellt. „Ich denke, es ist vorbei. Ich will nichts mehr mit ihnen zu tun haben. Sie sind Abschaum“, sagte Trump am Rande des Nato-Gipfels. *dpa* *Seite 2*

## Positive Bilanz zu Nato-Gipfel

**ANKARA** Scharfe Attacken gegen Verbündete und ein erneuter Griff nach Grönland: US-Präsident Donald Trump hat seine europäischen Verbündeten beim Nato-Gipfel in Ankara öffentlich brüskiert. Trump kündigte am Rande des Treffens an, die Handelsbeziehungen mit Spanien wegen fehlender Unterstützung im Iran-Krieg zu beenden.

Seine Gipfelbilanz fiel dann aber ganz anders aus. Er sprach in seiner Abschluss-Pressekonferenz von einem „sehr erfolgreichen Nato-Gipfel“, lobte die „unglaubliche Liebe“ und Einigkeit im Raum. Auch Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) zeigte sich in seiner Gipfelbilanz äußerst zufrieden. *dpa* *Seite 3*

## Palmer berät Landesregierung

**STUTTGART/TÜBINGEN** Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer soll die grün-schwarze Landesregierung von Baden-Württembergs Ministerpräsident Cem Özdemir (Grüne) beim Bürokratieabbau beraten. Der parteilose Politiker soll unabhängiger Rat für Staatsmodernisierung werden, erfährt die Deutsche Presse-Agentur aus Regierungskreisen. Zuvor hatte der SWR berichtet.

Das Amt soll Palmer dem SWR-Bericht zufolge neben seiner Arbeit als Oberbürgermeister von Tübingen ausüben. Kurz nach der Landtagswahl hatte Palmer betont, dass er weiter Oberbürgermeister in Tübingen bleiben wolle. *dpa*

## Nachbarn hörten laute Schreie

**HEILBRONN/SCHÖNTAL** Im Schöntaler Mordprozess haben am Mittwoch 16 Zeugen vor dem Heilbronner Landgericht ausgesagt. Angeklagt ist ein 47 Jahre alter Mann. Er soll in den frühen Morgenstunden des 13. Januar 2026 seine Schwiegermutter vor ihrem Wohnhauses im Ortsteil Westernhausen erschlagen haben.

Nachbarn sagten aus, sie hätten Schlaggeräusche und wenig später laute Schreie des Witwers gehört. Laut dem Notarzt vor Ort seien Wiederbelebungsversuche vergeblich gewesen. Die Frau starb an einem offenen Schädel-Hirn-Trauma. Ein Polizeibeamter sagte, der Angeklagte sei bei seiner Verhaftung teilnahmslos gewesen. *wom* *Seite 21*